

### 3.4 Rechtsextremismus gemeinsam bekämpfen

AntragstellerIn: Boris Mijatovic (Kassel-Stadt KV)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

#### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Mit Entsetzen verurteilen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen den Mord an dem nordhessischen  
2 Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke und die NSU Mordserie mit dem Kasseler Opfer Halit  
3 Yozgat. Wann immer Rechtsextremisten Anschläge auf unsere Mitmenschen verüben, ist es immer  
4 auch ein Anschlag auf unsere Demokratie. Die abscheulichen Taten sind ein Weckruf für uns alle,  
5 den Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren.
- 6 Wie wehrhaft unsere Demokratie ist, haben unter anderem mehr als 15.000 Menschen gezeigt, die  
7 am 20. Juli 2019 in Kassel gegen eine Demo der Partei „Die Rechte“ auf die Straße gegangen  
8 sind. Dennoch haben beide Morde die Kasseler Stadtgesellschaft wie das ganze Land bis ins Mark  
9 erschüttert. Das Vertrauen in Sicherheitsbehörden, Justiz und Politik muss unsere demokratische  
10 Gesellschaft beschäftigen. Nicht nur den Menschen, sondern im Besonderen den Opfern rechter  
11 Gewalt und deren Angehörigen sind wir verpflichtet, politische Antworten auf diese widerlichen  
12 Ausmaße politisch motivierter Gewalt zu finden.
- 13 Bündnis90/ Die Grünen Hessen werden als Teil der Landesregierung alles in Ihrer Macht Stehende  
14 tun, um rechtsextreme Gewalt umfassend aufzuklären und rechtsextremem Gedankengut entschlossen  
15 entgegenzutreten. Dazu gehört für uns Grüne, die vollständige Aufklärung politisch motivierter  
16 Gewalt sowie die Überprüfung und Verbesserung sicherheitsbehördlicher Strukturen.
- 17 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen fordern deshalb:
- 18 1. Die hessische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus  
19 stärken
- 20 Der Kampf gegen Rechtsextremismus und für unsere Demokratie kann nur gemeinsam mit der  
21 Zivilgesellschaft gelingen. Das Wissen und die Kompetenz, die sich über Jahre hinweg bei den  
22 Initiativen und Organisationen aufgebaut haben, sind unerlässlich für antifaschistische Arbeit  
23 und für die Stärkung unserer Demokratie. Wir Grüne stehen an der Seite der Zivilgesellschaft  
24 und wollen daher dieses Engagement fördern und dessen Ausbau unterstützen.
- 25 2. Politische Bildung und Prävention weiter ausbauen
- 26 Der effektivste Schutz gegen rechtsextremistische Gesinnungen ist die Demokratiebildung.  
27 Gemeinsame Werte und ein respektvolles Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft, stehen  
28 im Kontrast zu Ausgrenzung und Diffamierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer  
29 Religion, ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität. Daher wollen wir die bestehenden  
30 politischen Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen weiter stärken.
- 31 3. Hassrede im Internet konsequent verfolgen
- 32 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen stellen mit Sorge fest, dass die Angriffe auf unsere Demokratie  
33 zunehmen. Nicht immer aber äußern sie sich in Form von Gewalt. Am Anfang sind es meist zunächst  
34 nur Worte, die den Nährboden für Hass und Gewalt bereiten. Gerade im Netz sind Rassismus,  
35 Homo- und Transfeindlichkeit sowie Misogynie/ Frauenfeindlichkeit Alltag. Hatespeech wird  
36 gezielt genutzt, um Menschen einzuschüchtern und zu verdrängen. Zum einen schränkt dies  
37 Meinungsvielfalt ein und beschädigt den demokratischen Diskurs. Zum anderen richtet sich der  
38 Hass oftmals gegen Minderheiten, zu deren Schutz wir Demokrat\*innen uns verpflichten.

39 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen setzen sich für eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von  
40 Hassbotschaften ein und wirken auf die Einrichtung einer Anlaufstelle für Betroffene hin.

#### 41 4. Erinnerungskultur weiter stärken

42 Die Verbrechen des Nationalsozialismus an der Menschheit gehören in das Gedächtnis jede\*r  
43 Demokrat\*in. Der Blick in eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte reicht aber  
44 nicht aus. Erinnerungskultur bedeutet für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen aus der Vergangenheit  
45 zu lernen und das Versprechen „Nie wieder!“ in Taten umzusetzen. Aus diesem Grund sind die  
46 Gedenkstätten und deren Bildungsarbeit essentiell. Daher wollen wir deren Arbeit mit besten  
47 Kräften unterstützen und weiter fördern.

#### 48 5. Hessische Sicherheitsbehörden besser gegen rechts aufstellen

49 Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss ein wesentlicher Bestandteil bei der Ausbildung von  
50 Sicherheitsbehörden sein. Hierzu zählt die Erkennung von Gefahren und deren Abwehr sowie die  
51 Sensibilität gegenüber den Opfern. Die Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des  
52 Untersuchungsausschuss NSU im hessischen Landtag müssen, sofern noch nicht gesehen, konsequent  
53 umgesetzt werden. Dazu gehört vor allem der Ausbau der Kooperation mit anderen  
54 Sicherheitsbehörden sowie mit denen in anderen Bundesländern.

55 Bekannte Rechtsextremisten dürfen nicht einfach so vom Radar der Sicherheitsbehörden  
56 verschwinden. Daher muss geprüft werden, ob die Überwachung einzelner Personen im  
57 Phänomenbereich Rechtsextremismus nach deren letzter Verurteilung weiter fortgeführt werden  
58 können.

59 Darüber hinaus bedarf es einer Analyse und Weiterentwicklung vorhandener Sicherheitsstrukturen.  
60 Grundsätzlich braucht es eine Fehlerkultur, die bereit ist, das eigene Vorgehen und Strukturen  
61 zu reflektieren und an einer ständigen Verbesserung orientiert ist. Das gilt für den  
62 Geheimdienst, die Polizei sowie für die Justiz.

63 Die Sicherheitsbehörden haben die Aufgabe unseren Staat und dessen Bürger\*innen zu schützen.  
64 Rechtsextremistische Gesinnungen sind weder bei der Polizei noch bei keiner anderen  
65 behördlichen Stelle zu tolerieren. Solche Vorkommnisse müssen vollständig aufgeklärt, die  
66 Personen strafrechtlich verfolgt und selbstverständlich aus dem Dienst entfernt werden.

67 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen bekräftigen daher das im Koalitionsvertrag festgehaltene Vorhaben  
68 zur Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, um Rechtsextremismus bei der Polizei  
69 frühzeitig aufzudecken und dagegen vorgehen zu können.

#### 70 6. Opferschutz verbessern

71 Abgesehen von der konsequenten Verfolgung, braucht es ein gutes, niedrigschwelliges und  
72 wohnortnahes Beratungsangebot für die Opfer von rechtsextremistischen Straftaten. Damit die  
73 hessischen Opferberatungsstellen sich auf ihrer Arbeit konzentrieren können, wollen wir sie  
74 finanziell absichern und ihnen Planungssicherheit geben.

#### 75 7. Hassgewalt konsequent verfolgen

76 Viele politisch motivierte Straftaten werden immer noch nicht als solche eingestuft.  
77 Ausbildungen und Weiterbildungen bei Polizei und Justiz müssen so gestaltet werden, dass sie  
78 dazu beitragen, dass Hassverbrechen als solche erkannt, verfolgt und verurteilt werden.  
79 Ausstehende Haftbefehle müssen umgehend vollstreckt werden, um ein mögliches „Abtauchen“ zu  
80 verhindern.

#### 81 8. Waffenrecht verschärfen und Kontrollen konsequent vollziehen

82 Immer wieder haben Rechtsextremisten in der Vergangenheit legal einen Zugang zu Waffen  
83 bekommen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen fordern eine Verschärfung des Waffenrechts, die regelt,  
84 dass Rechtsextremisten grundsätzlich Waffenscheine versagt werden. Bei der  
85 Zuverlässigkeitsprüfung müssen die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die Person  
86 miteinbezogen werden. Bestehende Erlaubnisse müssen regelmäßig überprüft werden. Die  
87 entsprechenden Vorschläge zu Änderung der Gesetze auf Bundesebene unterstützen wir. Durch den  
88 verstärkten Kontrolldruck wollen wir insbesondere auch illegale Waffen aus dem Verkehr ziehen  
89 sowie Händler und Eigentümer strafrechtlich verfolgen.

#### 90 9. Rechtsextreme Vereine und Codes verbieten

91 Das Verbot des rechtsextremistischen Vereins Blood & Honour in Hessen war ein Anfang zur  
92 Zerschlagung von rechtsextremistisch-militanten Netzwerken. Um den Druck auf die Szene aufrecht  
93 zu erhalten, bedarf es, auch Organisationen, die über die Landesgrenzen hinaus aktiv und  
94 vernetzt sind, in den Blick zu nehmen. Der Verein Combat 18 wird seit mehreren Jahren vom LfV  
95 beobachtet und hat bekannterweise Schnittstellen zu Blood & Honour. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
96 Hessen wollen daher Combat 18 ebenfalls verbieten und begrüßen die Ankündigung des hessischen  
97 Innenministers, sich auf Bundesebene für ein solches Verbot einzusetzen.

98 Auch im zivilen Leben sollten rechtsextreme Codes, das Kokettieren mit faschistischen Symbolen  
99 und rassistischen Motiven nicht als Kavaliersdelikte betrachtet werden. So könnten die  
100 gesetzlichen Regeln zur KFZ-Zulassung dahingehend geändert werden, dass einschlägige  
101 Buchstaben- und Zahlenkombinationen wie AH, HH, RK, 18, 28, 88 oder auch 1312 nicht vergeben  
102 werden.

## Unterstützer\*innen

Vanessa Gronemann (Kassel-Stadt); Awet Tesfaiesus (Kassel-Stadt); Reinhold Weist (Kassel-Stadt);  
Nicole Maisch (Kassel-Stadt)